



MENSCHEN VOR PROFIT

- Panelsitzung 6 - Öffentliche Verwaltung: Ausverkauf öffentlicher Politik?

Qualität der öffentlichen Dienste und demokratische Regierungen erfordern eine unabhängige, ethische Beratung der Politik, ausgezeichnete öffentliche Verwaltungskräfte und eine strikte Regulierungsaufsicht. Die Erfahrungen und Beispiele zeigen, dass öffentliche Bedienstete frei von politischer Einflussnahme sein müssen und dass der öffentliche Dienst eine starke Unabhängigkeitskultur und Pflichtbewusstsein aufweisen muss.

Doch dies ändert sich. Die jahrzehntelange Sparpolitik hat dem öffentlichen Sektor Ressourcen entzogen und im Verein mit der Propaganda über die höhere Effizienz des privaten Sektors einige Tragpfeiler der öffentlichen Verwaltung ausgehöhlt. Die Entwicklung von Politik wird zunehmend an große Beratungsfirmen ausgelagert, die ein finanzielles Interesse an den Ergebnissen haben und deren Beschäftigte um den höheren öffentlichen Dienst, die Regierung und die Wirtschaft herumkreisen. Das Aushöhlen der öffentlichen Verwaltung ist eine Aufforderung zu Korruption und zur Vereinnahmung der Politik durch die Wirtschaft und durch die Auftragnehmer, wenn Kernkompetenzen und Aufsicht wegen der Privatisierung und Auslagerung verloren gehen. Erschwerend kommen sinkende Löhne, schlechtere Ausbildung und prekäre Beschäftigung hinzu.

Wir müssen gesicherte Beschäftigungsverhältnisse als Schutz vor politischer Einmischung, Partikularinteressen, Vereinnahmung der Politik und Korruption verlangen. Wir brauchen gut ausgebildete Bedienstete, die ausgezeichnete Beratung und Dienste leisten, und eine ausreichende Entlohnung, um qualifizierte Bedienstete anzuziehen und zu halten und Anreize für Korruption zu vermeiden; zudem soll die Vielfalt unter den Arbeitskräften die Werte und Hoffnungen der Gemeinschaft, denen sie dienen, widerspiegeln.

Damit öffentlich Bedienstete ihr Menschenrecht auf Organisation und Tarifverhandlung ausüben können, sind ausreichende Ressourcen, eine schlagkräftige Korruptionsbekämpfung, Schutz der Whistleblower und verstärkter Rechtsschutz notwendig. Die öffentlich Bediensteten müssen in der Lage sein, ihre Beschäftigungsrechte wahrzunehmen.